

H. Brabandt und B. Locher mit E. Prügl

Normen, Gender und Politikwandel: Internationale Beziehungen aus der Geschlechterperspektive

Eine Einführung

Die Analyse der internationalen Beziehungen¹ aus einem „geschlechter-sensiblen“ Blickwinkel, also aus einer Perspektive, die nach dem Zusammenhang von Geschlechterverhältnis und internationaler Politik fragt, gehört zu den neueren Entwicklungen politikwissenschaftlicher Forschung.² Im Zentrum feministischer Analysen³ steht dabei die Kategorie „gender“.⁴ Dass die Geschlechterverhältnisse genauso wie Vorstellungen von „Mann“ und „Frau“, „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ keine statischen Kategorien sind, sondern viel mehr kulturspezifische, historisch variable, soziale Konstrukte, wurde bereits vor Jahrzehnten von Feministinnen proklamiert. Liberale Vorstellungen von der Gleichheit der Geschlechter, sozialistische Analysen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, Freud'sche Annahmen über die Entwicklung von Identitäten sowie funktionalistische Einsichten in Geschlechterrollen erschütterten Mitte des 20. Jahrhunderts auf grundlegende Art die Vorstellung, dass *gender* biologisch bzw. natürlich gegeben ist. In den späten 1960er und 1970er Jahren argumentierten Protagonistinnen der Zweiten Frauenbewegung

- ¹ Die Kleinschreibung „internationale Beziehungen“ indiziert den Bezug auf die konkrete internationale Politik, während mit der Großschreibung auf die wissenschaftliche Teildisziplin verwiesen wird.
- ² Wir können in dieser Einleitung leider keinen vollständigen Literaturüberblick geben. Auslassungen sind den Beschränkungen des Raumes geschuldet.
- ³ Der Kollektivbegriff „Feminismus“ bezeichnet eine Vielfalt ausdifferenzierter theoretischer Ansätze, deren gemeinsame normative Zielsetzung in der Gleichberechtigung von Frauen besteht
- ⁴ V. Spike Peterson (1992: 194) definiert *gender* als „systematic social construction that dichotomizes identities, behaviors, and expectations as masculine and feminine“. *Gender* bezieht sich daher nicht nur auf individuelle, sozial konstruierte Geschlechtsidentitäten, sondern stellt gleichzeitig ein institutionalisiertes Strukturmerkmal des gesellschaftlichen Lebens dar. Dies bedeutet, dass das Geschlechterverhältnis als konstitutiv betrachtet wird für die Organisation sozialer und damit auch politischer Aktivitäten. *Gender* wird im Deutschen am besten wiedergegeben mit dem Begriff „Geschlechterverhältnisse“, welcher die Mehrdimensionalität des Konzepts erfasst (Krell 1996: 150).

in Europa und Nordamerika darüber hinaus, dass *gender* nicht nur ein soziales Konstrukt ist, sondern die Ausgangsbasis der gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen darstellt. Feministinnen – inspiriert vom populären Slogan der Frauenbewegung „das Persönliche ist politisch“ – begannen die Geschlechterverhältnisse bzw. geschlechtsspezifische Stereotypisierungen in Bereichen zu untersuchen, die weit über persönliche Identitäten hinausgingen: so zum Beispiel in Mythen und Ideologien sowie in gesellschaftlichen Institutionen wie Staat und Familie (Barrett 1988).

Auch die wissenschaftliche Forschung wurde einer geschlechterkritischen Inspektion unterzogen, da aus feministischer Sicht Wissenschaft dem Ziel dienen muss, die hierarchischen Geschlechterverhältnisse zu überwinden. Der Impetus für eine feministische Herangehensweise resultiert daher aus einem explizit normativ-emanzipatorischen Interesse. Ausgehend von der Prämisse, dass alle Wahrheitsansprüche sozial eingebettet sind, definieren Feministinnen einen Standpunkt, d.h. eine politisch gewonnene Position, die ihr Forschungsinteresse leitet (Hartssock 1998). Dabei rekurriert sich der Standpunkt nicht auf eine essentialistische Weiblichkeit oder eine determinierte soziale Situation, sondern wird explizit als politisches Produkt verstanden. Dementsprechend existiert nicht nur ein feministischer Standpunkt sondern viele. Wahrheitsansprüche werden an der sozialen Situation der Forschungs-subjekte gemessen; Wahrheit ist demgemäß immer situiert, Objektivität nicht abstrakt sondern verankert in konkreten Lebensumständen.

Bei dieser Überprüfung nahezu aller traditioneller akademischer Disziplinen auf ihre vermeintliche Geschlechtsneutralität hin hielt die Frauenbewegung in den sechziger und siebziger Jahren eine merkwürdige Distanz zu den Internationalen Beziehungen (IB). In der Tat präsentieren sich die Mehrheit der Theorien die internationalen Beziehungen bis zum heutigen Tag nicht nur als geschlechtsneutral, sondern gar als geschlechtsfrei: Institutionelle Akteure, abstrakte Strukturen und Prozesse werden dort als Haupttriebkraft im politischen Geschehen dargestellt (Sylvester 1992: 230), während Individuen, Männer und Frauen, oftmals keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die traditionelle Forschung konnte daher vergleichsweise lange den Eindruck vermitteln, dass Fragen nach dem Geschlechterverhältnis für die Analyse internationaler Phänomene keine Relevanz besäßen.

Eine *gender*-sensitive Betrachtungsweise rückt dagegen jene Vorstellungen und Ideen, auf denen das Geschlechterverhältnis beruht, in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses, um sie im Zusammenhang mit den Handlungen gesellschaftlicher, politischer und internationaler Akteure zu analysieren. Für die Analyse internationaler Politik folgt daraus die Notwendigkeit, gegebene Grundannahmen und Denkmodelle zu hinterfragen, sie ihrer scheinbaren „Natürlichkeit“ zu entheben und stattdessen die Internationalen Beziehungen mit Hilfe neuer Kategorien und Konzepte „querzudenken“.

Um die Geschlechterverhältnisse in Analysen internationaler Politik berücksichtigen zu können, müssen zunächst die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik, Staat und Gesellschaft aufgelöst werden. Aus feministischer Sicht handelt es sich

bei der „Ebenenlogik“, d.h. der Trennung von individueller, innenpolitischer (staatlicher) und internationaler Ebene, um ein Artefakt, das Geschlechterverhältnisse systematisch verschleiert und der Komplexität internationaler Realität nicht gerecht wird. Im Zentrum feministischer Betrachtungen steht stattdessen die Interdependenz und Rückbezüglichkeit der verschiedenen Ebenen.

Auch andere, nicht-feministische Ansätze haben auf die Verschränkung der Ebenen hingewiesen. Die Forderung nach Aufhebung der strikten Trennung ist nicht neu: Sie wurde schon früh von der nicht-feministischen Literatur im deutschsprachigen Kontext erhoben (Czempiel 1969). Die *gender*-Dimension blieb jedoch auch bei neueren Ansätzen (z.B. *domestic-structure* und *second image*) bis auf wenige Ausnahmen unbeachtet (Krell 1996: 166). Dies muss nicht erstaunen, denn bei dieser neuen Gegenstandsbeschreibung fand zugleich eine disziplinäre Neubestimmung dessen, was als relevant und irrelevant, was als politisch und unpolitisch erachtet wird, statt, die die vorherrschenden Machtverhältnisse innerhalb der Disziplin widerspiegelte und den Bereich legitimer Forschung festlegte. Internationale Politik wurde dabei – wie zuvor – allein auf den öffentlichen Raum bezogen und als vollkommen losgelöst von der Sphäre des Privaten vermittelt.

Eine *gender*-sensitive Perspektive stellt weitergehende Forderungen an die Disziplin: Zum einen ist die Einbeziehung der privaten Sphäre für eine angemessene Beschreibung der Interaktion der verschiedenen Ebenen unerlässlich. Zum anderen wird auf der individuellen Ebene von feministischer Seite auf die tief strukturierende Bedeutung von Kategorien wie Geschlecht, Rasse und Klasse hingewiesen. Damit werden die ontologischen Ausgangspunkte feministischer Forschung gegenüber anderen Forschungsrichtungen radikal verändert. Geschlechterverhältnisse werden zum einen als formend für die persönliche Identität des Einzelnen und zum anderen als integraler Teil sozialer Institutionen und Praktiken gesehen (Steans 1998: 13). Der Gegenstandsbereich feministischer Forschung wird damit auf alle Ebenen von Politik ausgeweitet. Sie ist vorrangig daran interessiert, die Wechselbeziehungen von öffentlicher und privater Sphäre aufzudecken.

Enloe (1989: 196f) hat den Zusammenhang von öffentlicher und privater Sphäre in die provokante These gefasst, dass das internationale System durch eine spezifische Konstruktion und fortwährende Reproduktion der Bedeutungsgehalte von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ aufrechterhalten werde. Aus Enloes Sicht ist das Persönliche nicht nur politisch, sondern auch international – und umgekehrt. Sie stellt daher in ihren Arbeiten „ungewöhnliche“ Fragen, die jenseits traditioneller Vorstellungen der legitimen Reichweite der Internationalen Beziehungen liegen, wie z.B. danach wie internationale Finanzinstitutionen die Arbeits- und Lebensbedingungen weiblicher Hausangestellter regeln (Enloe 1989).

Diese Fragen verdeutlichen, was feministische Ansätze von den herkömmlichen Theorien internationaler Politik unterscheidet: „*The implication for IR [International Relations] here is that asking ‘strange’ questions and starting from ‘strange’ ontological places will result in a rather different picture of international politics*“

than that which was previously available to us“ (Zalewski 1994: 412). Ziel einer feministischen Perspektive ist es in erster Linie, eine Erweiterung der Forschungsagenda zu erreichen und so die den internationalen Beziehungen zugrunde liegenden und zuvor von traditionellen Ansätzen übersehenen Geschlechterarrangements aufzudecken. Dazu wird nicht nur ein neuer Zugang zu traditionellen bzw. allgemein anerkannten Themen internationaler Politik wie z. B. Sicherheit, Krieg und Militär oder Außenpolitik angestrebt. Vor allem wird die Einbeziehung von Themen, die bislang nicht als Teil der IB betrachtet wurden, wie z.B. Geographie, reproduktive Rechte, Sextourismus, Prostitution und Reiseliteratur, unabdingbar (Higer 1999; Enloe 1989; Weiss 1999).

Entwicklung feministischer IB-Forschung

Während sich die anglo-amerikanische Debatte um Geschlechterverhältnisse in der IB aus einer Kritik an den Theorien des Mainstream entwickelte, standen in der deutschen Debatte anfangs vor allem die Politikfelder der Friedens- und Konfliktforschung (Batscheider 1991/1992) sowie der Entwicklungsforschung (Mies 1988) im Mittelpunkt feministischer Ansätze. Erst in den letzten Jahren haben vor allem junge Forscherinnen mit einer oft stark US-amerikanischen Orientierung versucht, ihre feministische Forschung in den Theoriendebatten der IB zu verorten (Brabandt 2002; Joachim 2001; Kreisky 2001; Locher 1997; Zwingel 2001). Obgleich sich die deutschsprachige Literatur gegenwärtig an den anglo-amerikanischen Diskurs anlehnt und von den dortigen Pionierarbeiten viele ihrer Impulse bezieht, birgt die hiesige Forschung unserer Ansicht nach das Potenzial, mehr zu sein als nur ein verspätetes Echo auf die transatlantische Entwicklung. Dieses *WeltTrends*-Heft bietet die Gelegenheit, jenes Potenzial auszuloten. Für die Gestaltung des Heftes standen uns prinzipiell zwei Möglichkeiten offen: Zum einen ein möglichst breiter Ansatz mit dem Ziel, das Spektrum und die Bandbreite feministischer Einmischungen in die internationale Politik aufzuzeigen – zum anderen ein engerer Fokus, der es uns erlaubt, innerhalb eines gemeinsamen thematischen Rahmens auf spezifische Aspekte des deutschen Diskurses abzuheben, die uns als besonders signifikant, aktuell und anschlussfähig erscheinen. Wir haben uns für die zweite Option entschieden – nicht zuletzt, um in einem ausgewählten Bereich das Potenzial der deutschsprachigen Debatte zu konturieren. Dazu ist es jedoch zunächst nötig, die Spezifika des deutschsprachigen Forschungskontextes auf der Folie der anglo-amerikanischen Entwicklungen herauszuarbeiten.

In der anglo-amerikanischen Debatte waren die Anfänge feministischer Forschung in den IB von der Abgrenzung von und Kritik an den Theorien, Prämissen und Kategorien des Mainstream geprägt. Bahnbrechend für den Beginn der feministischen Forschung in den IB war eine Sonderausgabe der britischen Zeitschrift *Millennium* im Jahr 1988 mit dem Titel *Women and International Relations*. Ein erstes Ziel gender-sensibler Forschung bestand dabei in der Aufdeckung der Parteilichkeiten

traditioneller Forschung, die durch den Ausschluss von Frauen und die Dominanz männlicher Betrachtungsweisen entstanden sind. Im Mittelpunkt feministischer Kritik stand zunächst der Realismus,⁵ der das Studium der Internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte. Feministinnen zeigten auf, wie der realistischen Version der Internationalen Beziehungen stereotype Geschlechterporträts zugrunde liegen: Die Akteurskonstruktion realistischer Theorien basiert auf einer Sichtweise der internationalen Arena als einem anarchischen Selbsthilfesystem – „*states in the world are like individuals in the state of nature*“ (Waltz 1959: 163) – in dem „männliche“ Qualitäten gefordert sind, um bestehen zu können. Daher werden Charakteristika, die mit Männlichkeit assoziiert werden, wie Stärke, Aggressivität und instrumentelle Rationalität, auf das Verhalten von Staaten projiziert, deren Erfolg als Akteure vom Besitz und der Nutzung dieser männlichen Eigenschaften abhängt. Feministinnen zeigten, wie realistische Ansprüche auf eine „objektive“ Beschreibung der internationalen Beziehungen in Annahmen über die menschliche Natur gründen, die durch die Generalisierung einer exklusiven Vorstellung von Männlichkeit zustande kamen.⁶ Diese Parteilichkeit ist aufgrund des hohen Abstraktionsniveaus in den Theorien der IB zunächst nicht unmittelbar offenkundig und daher nie einer Selbstreflexion unterzogen worden (Elshtain 1981).

Neben der instrumentellen Rationalität, die der Realismus als ausschließliches handlungsleitendes Motiv begreift, wurde auch die Trennung zwischen einer öffentlichen und einer privaten Sphäre, wie sie sich in den Grundlagentexten des Realismus wiederfindet, kritisiert: Frauen werden in diesem dualistischen Konzept in den privaten Bereich abgedrängt, der dem Bereich des Öffentlichen untergeordnet ist (Peterson 1992: 193). So trennt z.B. Morgenthau (1948) die öffentlich-internationale Sphäre in ihrer Amoralität streng vom privaten Bereich. J. Ann Tickner (1988) argumentiert, dass die Konzeption der öffentlichen Sphäre als unabhängig von ethischen Aspekten aus der männlichen Identifizierung mit dem Bereich des Öffentlichen resultiere, die ihrerseits aus der expliziten Unterscheidung zwischen öffentlich und privat herrühre.

In den 1990er Jahren sah die feministische IB im englischsprachigen Raum das Heranwachsen einer zweiten Generation von Feministinnen, die sich, aufbauend auf der früheren feministischen Kritik an traditionellen Theorieansätzen, verstärkt empirischen Analysen zuwandten, und zwar mit unterschiedlichen Methodologien. Eine besondere Präferenz für diskursive und dekonstruktive Methoden ist dabei im US-amerikanischen Kontext signifikant (Ling 2001; Prügl 1999). Die Bevorzugung solcher „postmoderner“ Herangehensweisen resultiert nicht zuletzt aus dem schwie-

⁵ Die feministische Kritik hat sich dabei vor allem auf dessen prominenteste Vertreter konzentriert - Morgenthau (1948) und Waltz (1959).

⁶ Bei Morgenthau führt dies zu einer einseitigen Konzeptualisierung des *political man*, jenem Analogiekonstrukt, welches es erlaubt, Staatsverhalten aus der menschlichen (männlichen) Natur abzuleiten.

rigen Verhältnis zwischen einem utilitaristisch dominierten IB-Mainstream und der feministischen Forschung, die sich bewusst von ihm abzukoppeln sucht. Der Versuch, eine Brücke vom Feminismus zum Mainstream zu schlagen, beinhaltet die politische Gefahr der Kooptation – so das gängige Argument. Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen der US-amerikanischen und der deutschsprachigen Debatte ist somit ein epistemologischer: Während sich Feministinnen in den USA fortwährend mit einer positivistischen Wissenschaftstradition auseinandersetzen müssen und zudem unter der erbitterten Opposition zwischen rationalistischer und konstruktivistischer Schule leiden, stellt sich die Situation im deutschsprachigen post-positivistischen Forschungskontext grundsätzlich anders dar: Da hier rationalistische und konstruktivistische Positionen nicht als exklusiv, sondern als in Teilen vereinbar angesehen werden (Risse-Kappen 1995), bestehen weniger (Denk)Restriktionen und mehr Raum für die Thematisierung der Geschlechterproblematik.

Im deutschen Kontext können Feministinnen mehr auf Mainstream-Arbeiten zurückgreifen, um sich einzelne Versatzstücke in einer gender-sensiblen Betrachtungsweise zunutze zu machen, wie etwa aus der sozialen Bewegungsforschung oder dem Sozialkonstruktivismus. Die anfänglich weitgehend kritisch-dekonstruktiv ausgerichtete *gender*-Forschung legt daher zwischenzeitlich zunehmend mehr Gewicht auf ihr rekonstruktives Potenzial, d.h. auf die unkonventionelle Neuperspektivierung internationaler Politik. Jüngere feministische Forscherinnen bemühen sich nicht nur um einen spezifisch feministischen Zugriff auf Phänomene internationaler Politik, der durch eine theoretisch orientierte, empirische Ausrichtung gekennzeichnet ist, sondern zunehmend auch um einen Dialog mit traditionellen Ansätzen.

Andererseits bergen der deutsche Forschungskontext und die Bemühungen um einen konstruktiven Dialog die Gefahr der Normalisierung und der Zähmung von Kritik. Es ist etwa signifikant, dass post-strukturalistische feministische Ansätze in der deutschen feministischen IB bisher wenig Resonanz finden. So warnt beispielsweise Brown: „*The danger in attempts to reconcile international relations and feminism ... lies in the uncritical acceptance by feminists of objects, methods, and concepts which presuppose the subordination of women*“ (1988: 470). Ebenso besteht die Gefahr, dass feministische Forscherinnen sich vornehmlich im akademischen Kontext definieren und dabei die Ziele der feministischen Bewegung und die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Forschung und Bewegung aus dem Blick verlieren.

Auch wenn die Kommunikation mit dem Mainstream im deutschen Kontext leichter fallen mag als in den USA, ist sie alles andere als einfach. Regelmäßige Publikationen wie *Globale Trends* und *Das Friedensgutachten* mögen zum Teil feministische Beiträge enthalten, aber feministische Ansätze in den IB sind noch kaum im Studium der Politikwissenschaft wie z. B. in den Seminarplänen von Einführungsseminaren institutionalisiert. Man(n) kann noch immer Karriere in dieser Disziplin machen, ohne jemals von der Existenz feministischer IB-Forschung Kenntnis genommen zu haben. Dezidiert feministische Nachwuchsforscherinnen sind an den

großen Lehrstühlen der Disziplin kaum vertreten und feministische Publikationen sind in *Mainstream-Zeitschriften* wie der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* oder der *Politischen Vierteljahresschrift* deutlich unterrepräsentiert.

Thematische Schwerpunkte deutscher feministischer IB-Forschung

Unter diesen Bedingungen haben feministische Ansätze einen distinkten Charakter entwickelt. Die deutsche feministische Forschung zeichnet sich insbesondere durch drei spezifische thematische Schwerpunkte aus, die (1) im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, (2) in der Auseinandersetzung mit der internationalen politischen Ökonomie und (3) in der sozialen Bewegungs- und Netzwerkforschung liegen sowie darauf aufbauend in der Forschung über die Wirkmacht internationaler Normen. Wir sehen insbesondere in der Forschung zu internationalen Normen einen neuen, wichtigen Beitrag der deutschen feministischen IB-Forschung und stellen sie in ihrer Breite in diesem Heft vor.

(1) Die feministische Friedens- und Konfliktforschung hat von der Existenz einer stark ausgeprägten traditionellen Forschung profitiert, die in epistemologischer Hinsicht weniger dogmatisch war als die meisten anderen Forschungsrichtungen der IB. Sie konnte sich vergleichsweise früh – Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre – konstituieren und bezieht inzwischen auch extensiv die anglo-amerikanische Forschung ein (Harders/Roß 2002). Als Wissenschafts-, Herrschafts- und Gesellschaftskritik greift die feministische Friedens- und Konfliktforschung die illegitime Herrschaft von Menschen über Menschen auf, „die im Geschlechterverhältnis hochindustrialisierter Gesellschaften eine ihrer friedensgefährdenden und –feindlichen Grundlagen hat“ (Albrecht-Heide 1991: 109). Ihre frühen Texte waren eher theoretisch ausgerichtet und beschäftigten sich mit der Rolle vom Militär als „Produktionsort“ (Seifert 1993: 219) von Geschlecht. Ihre Vertreterinnen identifizierten einen zentralen Zweck nationalstaatlicher Militärs in der Aufrechterhaltung der Geschlechterverhältnisse, die letztendlich die institutionalisierte Friedlosigkeit zur Folge habe (Albrecht-Heide 1991; Seifert 1993). In jüngster Zeit widmeten sich Forscherinnen der Untersuchung internationaler Maßnahmen zur Konfliktprävention wie z.B. den VN-Friedensmissionen (Eifler 2000), den VN-Fact-Finding-Missionen (Birckenbach 1998) oder den OSZE-Missionen (Birckenbach 2000).

Im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik ist in der US-Literatur der Bezug auf die Friedensbewegung und Friedensforschung viel weniger ausgeprägt als in Deutschland. Dies ist zweifelsohne ein Resultat der schwächeren Institutionalisierung dieser Bewegung in den Vereinigten Staaten. Feministische Forscherinnen analysieren zwar ähnlich wie ihre deutschen Kolleginnen die Auswirkungen militärischer Strukturen auf Geschlechterarrangements und wie diese durch die Aufrechterhaltung militärischer Institutionen reproduziert werden (Cohn 1987), doch ist ihre methodologische Vorgehensweise weit stärker post-strukturalistisch und diskursanalytisch, als das in der deutschen feministischen Friedensforschung der Fall ist.

(2) Eine lange Tradition in der deutschen feministischen Literatur hat auch die Auseinandersetzung mit internationaler politischer Ökonomie, die in den 1980er Jahren vor allem im Kontext der Entwicklungsforschung stattfand. Zentral war dabei die „Bielefelder Schule“ von Feministinnen, die das Konzept der Subsistenzwirtschaft entwickelten und die parallele Ausbeutung von Frauen und „Kolonien“ konstatierten (Mies 1988). Mit beschleunigender Globalisierung in den 1990er Jahren hat sich die feministische politische Ökonomie zunehmend mit der Umstrukturierung der globalen Wirtschaft beschäftigt. Im Mittelpunkt steht hierbei die Kritik an Struktur Anpassungsmaßnahmen und neoliberalen Praktiken (Young 2001), aber auch die Rekonzeptionalisierung des internationalen Raumes als „Kampffeld“ (Kreisky 2001) oder als ein Feld sozialer Regulierung (Lenz 2001). Dabei bildet das Konzept der „*global governance*“ einen zentralen Ausgangspunkt (Holland-Cunz/Ruppert 2000), der auch auf die richtungsweisende Funktion von internationalen Institutionen für die globale Wirtschaft aufmerksam macht. Das Durchleuchten der Welthandelsorganisation (Schunter-Kleemann 2001) oder der EU (Young 2001) auf ihre Geschlechterpolitik wird damit ein zentrales Anliegen der feministischen Globalisierungsforschung.

Im Gegensatz zur deutschen Globalisierungsforschung bezieht sich der anglo-amerikanische Diskurs stärker auf nicht-staatliche Räume, auf Kommunikationsflüsse und Medien, auf Migrationsbewegungen und transnationale Kulturen, und steht damit postmodernen und postkolonialen Ansätzen näher (Ling 2001; Marchand/Runyan 2000; Prügl 1999).

(3) Ein jüngerer Bereich des deutschsprachigen feministischen Diskurses ist die soziologisch orientierte Frauenbewegungsforschung und, darauf aufbauend, die neueste, feministisch inspirierte Forschung zur Wirkmacht von Normen. Erstere arbeitet mit Konzepten der sozialen Bewegungs- und der Netzwerkforschung und untersucht zum einen Frauenbewegungen und Frauenbewegungsdiskurse allgemein (Ruppert 2001; Wichterich 2000), zum anderen in ausgewählten Politikfeldern wie etwa in den Bereichen Menschenrechte (Joachim 2001; Holthaus/Klingebiel 1998), Gesundheit (Chen 2001) und Umwelt (Rodenberg 1999; Hofmann 2001). Die Vertreterinnen dieser Forschungsrichtung beschäftigen sich vor dem Hintergrund der zentralen Frage, wie Frauen durch Selbstorganisation ungleiche Geschlechterverhältnisse auflösen und ihre Rechte verwirklichen können, unter anderem mit der diskursiven Gestaltung der Bewegungsziele, dem Einfluss globaler Diskurse auf lokale Erfahrungen, den Vernetzungen und Wechselwirkungen zwischen lokalen, nationalen und internationalen Bewegungen sowie deren Möglichkeiten, Politiken auf den unterschiedlichen Ebenen zu beeinflussen. Auch die Frage nach den Partizipationschancen von Frauen unterschiedlichster Herkunft (Klassen, Rassen, Lokalitäten) (Wedel 1999) an den diversen Bewegungen ist ein relevantes Thema dieser Forschungsrichtung.

Die feministische Forschung zu Normen baut auf der Frauenbewegungsliteratur auf und untersucht die Rolle von Frauenbewegungen, transnationalen, regionalen und lokalen Netzwerken, Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) und „grass-roots“-

Gruppen, die sich als „Norm-Entrepreneure“ für *gender*-Themen einsetzen und so die Anerkennung, Achtung und Implementierung von internationalen Normen voranzutreiben suchen, wie etwa jenen, die bei den VN-Weltfrauenkonferenzen entwickelt wurden. Mit diesem Fokus kann die feministische Normenforschung als Weiterführung der Frauenbewegungs- und Netzwerkforschung betrachtet werden. Wie bei letzterer steht die Lokalisierung spezifischer weiblicher Partizipationsorte im Mittelpunkt, um Frauen nicht nur als passive Teilnehmerinnen an, sondern als aktiv Handelnde in der internationalen Politik zu verorten.

Im Zentrum dieser neuesten feministischen Arbeiten steht das Konzept sozialer Normen, die als wertegestützte, intersubjektiv geteilte Erwartungen angemessenen Verhaltens definiert werden (Finnemore/Sikkink 1998: 891). Während die Forschung inzwischen gezeigt hat, dass Normen in der internationalen Politik eine Rolle spielen, so steht die Beantwortung der Fragen *welche Normen wann und unter welchen Bedingungen* Wirkung entfalten, noch weitgehend aus. Sowohl im Mainstream als auch in feministischen Arbeiten haben diese theoretischen Fragen bisher erstaunlich wenig Beachtung gefunden. Die feministische Forschung konzentrierte sich bislang vor allem auf die Entstehung von FrauenMenschenrechtsnormen auf der internationalen Ebene und auf die Rolle von NROs in diesem Prozess. So sind norm-orientierte, feministische Ansätze im US-amerikanischen Kontext häufig in Analysen von „global governance“ anzutreffen. Diese Literatur befasst sich einerseits mit Politikprozessen und der Schaffung von frauenrechtlichen Normen; andererseits beleuchtet sie diese Normen auf ihr emanzipatorisches Potenzial und auf ihre Verträglichkeit mit den Bedürfnissen von Frauen (Meyer/Prügl 1999).

Erst jüngst haben vor allem deutsche Forscherinnen damit begonnen, an konkreten empirischen Fallstudien die Umsetzung von Normen und damit den „Erfolg“ oder auch „Misserfolg“ von Normen in verschiedenen Kontexten systematischer zu untersuchen. Eine solche Perspektive konzentriert sich auf den Prozess der Normanerkennung, -achtung und -implementierung. Im Mittelpunkt steht dabei die Erforschung der Bedingungen und Prämissen für „Normerfolg“: Warum führt eine spezifische internationale Norm in dem einen Fall (z.B. einem bestimmten Land) zu einem Politikwandel auf nationaler Ebene, während sie im anderen Fall wirkungslos bleibt? Eine solche Fragerichtung bietet deutliche Anknüpfungspunkte an den Mainstream, insbesondere an die konstruktivistische Forschung, und birgt damit das Potenzial für einen fruchtbaren Dialog.⁷ Der deutschsprachige Kontext scheint für eine solche „interdisziplinäre“ Konversation prädestiniert zu sein.

⁷ Vgl. für einen Überblick über die konstruktivistische Debatte über Normen in 1990er Jahren z.B. Katzenstein (1996) und Finnemore/Sikkink (1998).

Spezifika feministischer Normenforschung

Feministische Normenforschung unterscheidet sich in mehrerlei Hinsicht vom IB-Mainstream: Erstens fokussieren feministische Ansätze vor allem auf Normen, die im Bereich von Frauenrechten angesiedelt sind, wie z.B. auf FrauenMenschenrechte oder Normen gegen Gewalt an Frauen. Feministische Ansätze legen hier einen spezifischen thematischen Schwerpunkt. Zugleich heben sie damit die Sphärentrennung auf, indem sie gerade durch den Fokus auf Normen jene Themen ins Zentrum ihrer Betrachtungen rücken, die dem vermeintlich privaten Bereich zugeordnet sind, wie sexuelle Gewalt und Folter, häusliche Gewalt oder Abtreibung, und auf deren Bedeutung für internationale Politik bestehen.

Zweitens betonen feministische Ansätze die Rolle von AkteurInnen bei der Verbreitung und Implementierung von Normen – allerdings mit anderem Schwerpunkt als der IB-Mainstream. Feministische Forschung rückt „unkonventionelle“ und für die internationale Politik vermeintlich irrelevante Akteursgruppen in das Zentrum der Betrachtungen, wie Frauenbewegungen, NROs und „grass-roots“-Gruppen. Darüber hinaus identifizieren feministische Ansätze neue Quellen für „agency“, wie z.B. geteilte Identitäten, gemeinsame Überzeugungen und Erfahrungen, die eine Grundlage für kollektives Handeln darstellen. Die Fähigkeit zur trans- und internationalen Vernetzung, die Partizipation an Informations- und Kommunikationsforen sowie die erfolgreiche, d.h. öffentlichkeitswirksame Darstellung der Bewegungskziele bilden weitere Ressourcen für Handlungsmacht.

Ein drittes Merkmal des feministischen Zugriffs auf Normen besteht in der Offenlegung ihrer inhärenten „normativen Qualität“. So stellen Finnemore und Sikkink (1998: 916) fest, „*that the study of norms opens up a long-overdue conversation with ethics*“ – ein Dialog, dem sich die IB bislang rigoros verschlossen haben. Dieser Abgrenzung lag die Überzeugung zugrunde, dass das, was „ist“, und das, was „sein sollte“, zwei getrennte Fragen sind und daher auch von unterschiedlichen Disziplinen – Internationaler Politik einerseits und Philosophie andererseits – behandelt werden sollten. Aus feministischer Sicht bietet die Beschäftigung mit Normen die Chance, diese beiden Fragen wieder näher zusammenzubringen. Forschung über Normen zeigt, wie Visionen Realität werden können und wie normative Ideen sich in konkrete Politik übersetzen (Finnemore/Sikkink 1998: 916). So gesehen bietet sich die Analyse von Normen auf besondere Weise für feministische Forschung an, nicht zuletzt weil dieser thematische Fokus hervorragend mit einem feministischen, d.h. engagierten Wissenschaftsverständnis korrespondiert. Dies bietet Raum für ethische Fragen und ist daher nicht nur von akademischem, sondern auch von praktischem Interesse: Denn erst wenn internationale FrauenMenschenrechtsnormen anerkannt, geachtet und umgesetzt werden, können sie positive Auswirkungen auf das Leben derer entfalten, für die sie ursprünglich entwickelt wurden, und damit zu größerer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern beitragen.

Ziel und Inhalt des vorliegenden Themenheftes

Ziel dieses Heftes ist es, die empirische Bandbreite und theoretische „Reichhaltigkeit“ der deutschsprachigen feministischen Debatte aufzuzeigen. Unter der gemeinsamen Überschrift „Normen, Gender und Politikwandel“ wird anhand unterschiedlicher, jedoch eng verknüpfter Themenfelder, wie Gewalt gegen Frauen, Frauenrechte als Menschenrechte oder Frauenhandel, Aufmerksamkeit auf das Potenzial dieses Forschungsbereiches gelenkt. Dabei besteht ein Ziel darin, den Zusammenhang zwischen global und regional, national und lokal aus einer *gender*-Perspektive herauszuarbeiten. Eine Analyse dieses Zusammenspiels gehört zu den Kernbereichen feministischer Forschung, die sich seit ihren Anfängen um eine Ergänzung klassischer „*high-politics*“ und ihrer dominanten „*top-down*“ Perspektive bemühte. Im Gegenzug betonen geschlechter-sensible Ansätze die Bedeutung und Validität einer „*bottom up*“ Perspektive, also eines Blicks „von unten“, bei der Analyse internationaler Politik. Im Zentrum eines so gerichteten Blicks steht die Frage nach den Vermittlungsmechanismen und „*feed-back loops*“ zwischen den verschiedenen Ebenen.

Im Mittelpunkt der Beiträge steht auch das komplexe Verhältnis von AkteurInnen und Struktur.⁸ Damit rückt das Verhältnis von (institutionell) verfestigten Normen und Regeln einerseits und sozialen Interaktionen von AkteurInnen andererseits ins Zentrum des Interesses. Bezogen auf die Beiträge dieses Themenheftes ergeben sich daraus die folgenden Fragen: Wie groß ist der Spielraum für AkteurInnen, wie z.B. Frauenrechtsorganisationen, um institutionalisierte Vorstellungen über sozial opportune Geschlechterrollen zu verändern? Was sind die Prämissen und worin bestehen die „Gelegenheitsstrukturen“ und die „windows of opportunity“ für politischen und sozialen Wandel?

In ihrem Beitrag *Frauenrechte sind Menschenrechte: Frauenorganisationen und Internationaler Wandel* führt Jutta Joachim in das Thema dieses Heftes ein. Sie analysiert und vergleicht die Entwicklung internationaler Normen im Kontext von Nationalitätenrechten in den 1930er Jahren und von FrauenMenschenrechten in den 1990er Jahren. In beiden Fällen engagierten sich internationale Frauenorganisationen für die Institutionalisierung der jeweiligen Normen und waren, wie Joachim zeigt, letztendlich erfolgreich, weil sie einen hohen Mobilisierungsgrad aufwiesen und erfolgreiche „frames“ für ihr Anliegen entwickelten. Zudem kamen ihnen Veränderungen in den institutionellen und politischen Gelegenheitsstrukturen zugute.

Eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung und Institutionalisierung der internationalen FrauenMenschenrechtsnormen in den 1990er Jahren bildete die 1981 in Kraft getretene Frauenrechtskonvention (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination of Women, CEDAW*). Im Rahmen der Vereinten Nationen

⁸ Im Mainstream wird ein solches Forschungsinteresse unter die *agency-structure*-Debatte subsumiert.

verpflichtet CEDAW ihre Signatarstaaten, für die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen einzutreten. Susanne Zwingel untersucht in ihrem Beitrag *Internationale Frauenrechtsnormen in homöopathischer Dosis – Einflussmöglichkeiten der CEDAW-Konvention auf nationalstaatliche Geschlechterarrangements*, inwieweit die Ratifizierung von CEDAW durch die chilenische Militärdiktatur 1989 zu einer größeren Gleichberechtigung chilenischer Bürgerinnen führte. Sie zeigt, dass sich Chile mit seinem Beitritt zu CEDAW in einen internationalen frauenpolitischen Verhandlungsprozess begeben hat, durch den kontinuierlich sanfter Druck auf die chilenische Regierung ausgeübt wird. Dadurch, dass dieser Verhandlungsprozess auf UN-Ebene stattfindet, verleiht er frauenpolitischen Diskussionen mehr öffentliches Gewicht und macht es sogar möglich, dass Tabuthemen wie die Legalisierung der Abtreibung in den chilenischen Medien – wenn auch ablehnende – Erwähnung fanden. Der Rekurs auf CEDAW stellt für chilenische Frauenorganisationen ein wichtiges Instrument dar, um ihren Forderungen in einem wertkonservativen Land die nötige Legitimität zu verleihen.

Birgit Locher analysiert in ihrem Beitrag *Internationale Normen und regionaler Policy-Wandel: Frauenhandel in der Europäischen Union*, wie es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gelang, das historische Regime gegen Frauenhandel bzw. die damit verbundene internationale Norm zu „revitalisieren“. Locher erklärt die scheinbar plötzliche Wirkmacht der Anti-Frauenhandelsnorm auf der EU-Ebene mit Hilfe von drei Faktoren: (1) einem strategisch handelnden „AdvokatInnen-Netzwerk“ aus Femokratinnen, Parlamentarierinnen, NROs und NRO-Netzwerken; (2) Norm-Koppelung, d.h. der Verknüpfung der Anti-Frauenhandelsnorm mit anderen gesellschaftlichen geteilten Normen, die effektive „frames“ für Frauenhandel boten; und (3) günstigen politischen Gelegenheitsstrukturen.

Heike Brabandt untersucht in ihrem Beitrag *Internationale FrauenMenschenrechtsnormen und ihre Implementierung in Deutschland – Der Fall der geschlechtsspezifischen Verfolgung* die Implementierung der internationalen Norm zum Schutz geschlechtsspezifisch verfolgter Frauen. Ähnlich wie bei Locher spielt bei Brabandt ein engagiertes AdvokatInnen-Netzwerk eine bedeutende Rolle bei der Implementierung der Norm, indem es dauerhaften und erheblichen Druck auf die jeweiligen Regierungen ausübte. Die Aktivitäten dieses Netzwerks beeinflussten die Wahrnehmung der EntscheidungsträgerInnen und anderer AdressatInnen der Norm (z.B. VerwaltungsrichterInnen). Zu einer substanziellen Implementierung der Norm kam es aber erst, nachdem sich mit den Terrorattacken des 11. September die politische Gelegenheitsstruktur verändert und ein „*window of opportunity*“ geöffnet hatte, das engagierte Norm-Entrepreneure geschickt zu nutzen wussten.

Heidi Wedel analysiert in ihrem Beitrag *Strategische Allianzen gegen sexuelle Gewalt* die Zusammenarbeit der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* mit lokalen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen im Kampf gegen sexuelle Gewalt an Frauen in der Türkei. Sie zeigt, wie es *Amnesty International* und den lokalen Organisationen durch den Bezug auf international institutionalisierte Frauen-

Menschenrechtsnormen gelang, das Schweigen über sexuelle Folter zu brechen, die Tabuisierung von sexueller Gewalt gegen Frauen aufzuheben und den Betroffenen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Alle fünf Beiträge zeigen, dass das Engagement zivilgesellschaftlicher, aber auch politischer und administrativer AkteurInnen, die sich für die Entwicklung und Implementierung internationaler Frauenrechtsnormen seit Ende des 19. Jahrhunderts einsetzten, nicht ohne Wirkung blieb. Ob ihre Bemühungen erfolgreich waren, hing allerdings stark von günstigen institutionellen und politischen Gelegenheitsstrukturen ab sowie der Fähigkeit von „*Norm-Entrepreneuren*“, diese „*windows of opportunity*“ strategisch und effektiv für ihre Anliegen zu nutzen. Dieser Befund ist nicht nur für die Normenforschung in den IB interessant. Er ist besonders ermutigend für die feministische Forschung und Praxis, deren Ziel es ist, bestehende hierarchische Geschlechterverhältnisse aufzulösen.

Literatur

- Albrecht-Heide, Astrid, 1991: Militär und Patriarchat, in: Karl Wilfried und Thomas Nielebock (Hrsg.), *Die Zukunft des Militärs in Industriegesellschaften*, Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, 18, Baden-Baden, 109-131.
- Barrett, Michèle, 1988: *Women's Oppression Today: The Marxist/Feminist Encounter*, London.
- Batscheider, Tordis, 1991/1992: Friedensforschung – eine männliche Wissenschaft? Feministische Kritik an Institutionen, Inhalten und Methodologie der kritischen Friedensforschung, in: Mathias Jopp (Hrsg.), *Dimensionen des Friedens – Theorie, Praxis und Selbstverständnis der Friedensforschung*: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, 17, Baden-Baden, 81-96.
- Birkenbach, Hanne-Margret, 1998: Gleichheit und Reform: Zur Teilhabe von Frauen an der Gewaltprävention in internationalen Konflikten, in: Ruth Klingebiel und Shalini Randeria (Hrsg.), *Globalisierung aus Frauensicht: Bilanzen und Visionen*, Bonn, 136-158.
- Birkenbach, Hanne-Margret, 2000, Zur Geschlechterstruktur präventiver Diplomatie, in: *femina politica*, 1/2000, 48-57.
- Brabandt, Heike, 2002: Global Culture and International Human Rights Norms: The Case of Female Genital Mutilation in Germany, in: Doris Fuchs und Friedrich Kratochwil (Hrsg.): *Transformative Change and Global Order: Reflections on Theory and Practice*, Münster. i.E.
- Brown, Sarah, 1988: Feminism, International Theory and International Relations of Gender Inequality, in: *Millennium: Journal of International Studies*, 17: 3, 461-475.
- Chen, Yin-Zu, 2001: Interne Aspekte des Netzwerkes und seine Handlungsfähigkeiten: Das Beispiel eines Frauengesundheitsnetzwerkes in Lateinamerika und

- in der Karibik, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, 19:1+2: 151-162.
- Cohn, Carol, 1987: Sex and Death in the Rational World of Defense Intellectuals, in: Signs, 12: 4, 687-718.
- Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.), 1969: Die anachronistische Souveränität: Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, PVS-Sonderheft 1, Opladen.
- Eifler, Christine, 2000: Militär, Gender und „Peacekeeping“ – zu einem widersprüchlichen Verhältnis, in: femina politica, 1/2000, 37-47.
- Elshtain, Jean Bethke, 1981: Public Man, Private Woman: Women in Social and Political Thought, Princeton.
- Enloe, Cynthia, 1989: Bananas, Beaches & Bases: Making Feminist Sense of International Politics, Berkeley.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn, 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization, 52: 4, 887-917.
- Harders, Cilija/Roß, Bettina (Hrsg.), 2002: Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden: Perspektiven der feministischen Analyse internationaler Beziehungen, Opladen.
- Hartsock, Nancy C.M., 1998: The Feminist Standpoint Revisited and Other Essays, Boulder.
- Higer, Amy, 1999: International Women's Activism and the 1994 Cairo Population Conference, in: Meyer, Mary K. and Elisabeth Prügl (Hrsg.), Gender Politics in Global Governance, Lanham, 122-141.
- Hofmann, Johanna, 2001: Gendered Agenda? Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit in Lokalen Agenda-21 Prozessen, in: femina politica, 1/2001, 56-63.
- Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta, (Hrsg.), 2000: Frauenpolitische Chancen globaler Politik: Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext, Opladen.
- Holthaus, Ines/Klingebiel, Ruth, 1998: Vereinte Nationen – Sprungbrett oder Stolperstein auf dem langen Marsch zur Durchsetzung von Frauenrechten?, in: Ruth Klingebiel und Shalini Randeria (Hrsg.), Globalisierung aus Frauensicht: Bilanzen und Visionen, Bonn, 34-65.
- Joachim, Jutta, 2001: NGOs, die Vereinten Nationen und Gewalt gegen Frauen: Agenda-Setting, Framing, Gelegenheits- und Mobilisierungsstrukturen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 8:2, 209-241.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg.), 1996: The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York.
- Kreisky, Eva, 2001: Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinität, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2001:2, 137-159.
- Krell, Gert, 1996: Feminismus und Internationale Beziehungen: Zwischen Dekonstruktion und Essentialisierung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 3(1), 149-181.

- Lenz, Ilse, 2001: Globalisierung, Frauenbewegung und internationale Regulierung, in: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*, 19:1+2: 8-28.
- Ling, Lily, 2001: *Postcolonial International Relations: Conquest and Desire Between Asia and the West*, London.
- Locher, Birgit, 1997: Internationale Beziehungen aus der Geschlechterperspektive, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1, 5-24.
- Marchand, Marianne H. /Runyan, Anne Sisson (Hrsg.), 2000: *Gender and Global Restructuring: Sightings, Sites and Resistances*, London.
- Meyer, Mary K./Prügl, Elisabeth (Hrsg.), 1999: *Gender Politics in Global Governance*, Lanham, 122-141.
- Mies, Maria, 1988: *Patriarchat und Kapital: Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*, Zürich.
- Morgenthau, Hans, 1948: *Politics among Nations: The Struggle of Power and Peace*, New York.
- Peterson, Spike V. , 1992: Transgressing Boundaries: Theories of Knowledge, Gender and International Relations, in: *Millennium: Journal of International Studies*, 21: 2, 183-206.
- Prügl, Elisabeth, 1999: *The Global Construction of Gender: Home-Based Work in the Political Economy of the 20th Century*, New York.
- Risse-Kappen, Thomas, 1995: Reden ist nicht billig: Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2: 1, 171-184.
- Rodenberg, Birte, 1999: *Lokale Selbstorganisation und globale Vernetzung: Handlungsfelder von Frauen in der Ökologiebewegung Mexikos*, Bielefeld.
- Ruppert, Uta, 2001: Von Frauenbewegungen zu Frauenorganisationen, von Empowerment zu FrauenMenschenrechten: Über das Globalwerden internationaler Frauenbewegungspolitik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2001:2: 203-219
- Schunter-Kleemann, Susanne, 2001: Die Welthandelsorganisation zu Beginn des Millenniums – Reform der Aufgaben und die Chance der frauenpolitischen Intervention, in: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*, 19:1+2: 92-107.
- Seifert, Ruth, 1993: Individualisierungsprozesse, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten: Eine theoretische und empirische Studie zur soldatischen Subjektivität zu ihrer Wechselwirkung mit der Gesellschaft, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Berichte, Heft 61, München.
- Stears, Jill, 1998: *Gender and International Relations: An Introduction*, Cambridge.
- Sylvester, Christine, 1992: *The Emperors' Theories and Transformations: Looking at the Field Through Feminist Lenses*, in: Dennis C. Pirages, Dennis und Christine Sylvester (Hrsg.), *Transformations in the Global Political Economy*, London: Macmillan Press, 230-253.

- Tickner, J. Ann, 1988: Hans Morgenthau's Principles of Political Realism: A Feminist Reformulation, in: *Millennium: Journal of International Studies* 17:3, 429-440.
- Waltz, Kenneth, 1959: *Man, the State, and War: A Theoretical Analysis*, New York.
- Wedel, Heidi, 1999: Lokale Politik und Geschlechterrollen – Stadtmigrantinnen in türkischen Metropolen, Hamburg.
- Weiss, Birgit, 1999: Die kulturelle Praxis globaler Beziehungen: „Reisen“ als Überschreitung der Grenzen der Disziplin, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3, 301-315.
- Wichterich, Christa, 2000: Suchbewegung nach Mitmacht auf globalisiertem Terrain, in: Barbara Holland-Cunz und Uta Ruppert: (Hrsg.): *Frauenpolitische Chancen globaler Politik: Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext*, Opladen, 67-75.
- Young, Brigitte, 2001: Genderdemokratische Governance der Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion, in: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*, 19:1+2: 79-91.
- Zalewski, Marysia (1994): The Woman/„Woman“ Question in International Relations, in: *Millennium: Journal of International Studies*, 23: 2, 407-423.
- Zwingel, Susanne, 2001: Nur Gruppenbild mit Dame? Fraueninterventionen in den Internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*, 19:1+2, 108-127.